



LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
186. Ausgabe BE · Januar 2020



Elternzeit statt Steinzeit!

SELBST BEIM LÄNGST FÄLLIGEN VATERSCHAFTSURLAUB WIRD UM JEDEN EINZELNEN TAG GEFEILSCHT. DIE SP GEHT DARUM IN DIE GEGENOFFENSIVE UND ERARBEITET EINE INITIATIVE FÜR EINE ECHTE ELTERNZEIT IM KANTON BERN. DAS NÜTZT DEN FAMILIEN, DEN UNTERNEHMEN UND DER VOLKSWIRTSCHAFT. UND BRINGT DEN KANTON ALS GESAMTES VORAN.

Familien mit kleinen Kindern sind im heutigen System extrem gefordert. Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark – und oft für lange Zeit. Sie übernehmen den Löwinnenanteil an unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit. Dafür bezahlen sie mit Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und tieferen Renten. Kinderbetreuung ist also auch heute nicht gratis – sondern wird von den Familien und insbesondere den Müttern über unbezahlte Arbeit finanziert.

Wir dürfen die wichtige, unbezahlte Arbeit der jungen Familien nicht mehr unter den Tisch wischen! Um sie zu erledigen, brauchen Mütter und Väter eine bezahlte Auszeit von der Lohnarbeit. Darum haben die Delegierten am Parteitag der SP Kanton Bern vom 4. Dezember 2019 beschlossen, dass die Parteileitung eine kantonale Initiative für eine echte Elternzeit erarbeiten soll.

Gesellschaftliche Wirkung erst ab 38 Wochen

Es ist klar: Jeder zusätzliche Tag «Urlaub» für Eltern ist ein Gewinn für die Familien. Studien zeigen aber, dass eine gesamtgesellschaftliche Wirkung erst ab 38 Wochen einsetzt. Denn erst dann hat eine Elternzeit positive Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad der Mütter. Daher wären zusätzlich zu



Tanja Bauer,
Vize-Präsidentin
SP Kanton Bern,
Grossrätin

den bereits bestehenden 14 Wochen Mutterschaftsversicherung mindestens weitere 24 Wochen Elternzeit notwendig. Davon soll eine bestimmte Anzahl Wochen exklusiv für den Vater reserviert sein. Die verbleibenden Wochen könnten die Eltern frei unter sich aufteilen.

Eine Elternzeit bringt viele Vorteile. Mütter und Väter haben die Möglichkeit, mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen und die Betreuungs- und Hausarbeit gleichberechtigt zu teilen. Väter haben von Anfang an eine Rolle im Leben der Kinder und können zuhause mehr Verantwortung übernehmen. Umgekehrt können Mütter Familie und Beruf besser vereinbaren, sind finanziell unabhängiger und werden am Arbeitsplatz aufgrund von Mutterschaft weniger diskriminiert. Viele andere Länder kennen bereits solche Lösungen. Es zeigt sich dort, dass eine Elternzeit neben den Vorteilen für Familie

und Gesundheit auch positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und die Steuereinnahmen hat.

Eine Chance für den Kanton Bern

Die Kantone spielten schon immer eine wichtige Rolle bei der Einführung von sozialen Reformen, das ist einer der Vorteile des Föderalismus. Beispiele dafür sind die AHV, das Frauenstimm- und -wahlrecht oder der Mindestlohn. Der Kanton Bern könnte mit anderen progressiven Kantonen in der Familienpolitik vorangehen und damit auch den Druck auf eine nationale Lösung erhöhen.

Es wäre aber auch eine Chance für den Kanton Bern. Denn in Zeiten des Fachkräftemangels haben grosse, hochprofitable Unternehmen verstanden, dass eine moderne Familienpolitik in ihrem Interesse ist, und gehen schon heute oft weiter als das gesetzliche Minimum. Für KMU hingegen ist es schwieriger, solche Massnahmen ohne staatliche Unterstützung einzuführen. Damit haben sie im Rennen um Fachkräfte das Nachsehen. Eine echte Elternzeit wäre also auch ein Vorteil für die kantonale Volkswirtschaft. Und eine familienfreundliche Politik, die die Volkswirtschaft stärkt, wäre nicht zuletzt auch eine Alternative zum schädlichen Steuerwettbewerb.

Willst du dich für eine echte Elternzeit im Kanton Bern engagieren? Melde dich mit einem Mail an sekretariat@spbe.ch.

Ja zum Standplatz für Fahrende neben der Autobahnraststätte Wileroltigen

IN DEN LETZTEN JAHREN KAM ES IN DEN SOMMERMONATEN IM RAUM SEELAND IMMER WIEDER ZU KOMPLIZIERTEN UND UNERFREULICHEN SITUATIONEN RUND UM UNERLAUBTE AUFENTHALTE VON AUSLÄNDISCHEN FAHRENDEN, DIE IM KANTON BERN KEINE LEGALEN STANDPLÄTZE FINDEN KONNTEN. DIESE SITUATION WAR UND IST FÜR ALLE BETEILIGTEN BELASTEND UND KONFLIKTREICH: FÜR DIE BEVÖLKERUNG, DIE FAHRENDEN, DIE BETROFFENEN GEMEINDEN UND DIE POLIZEI.

Der permanente Transitplatz für ausländische Fahrende neben der Autobahnraststätte Wileroltigen ist deshalb nötig. Wir sind verpflichtet und aufgerufen, der Minderheit der Fahrenden eine minimale Infrastruktur für ihre Lebensart zur Verfügung zu stellen. Diese Verpflichtung stützt sich auf staatsvertragliche Regelungen und auf entsprechende

Bundesgerichtsentscheide zum Minderheitenschutz ab.

Als langjähriger ehemaliger Gemeindepräsident von Köniz habe ich ein gewisses Verständnis für die grundsätzlich ablehnende Haltung der Gemeinde Wileroltigen. Gleichzeitig weiss ich, dass die immer wieder auftretenden Probleme im Seeland



Luc Mentha, Grossrat SP, ehemaliger Gemeindepräsident Köniz

mit einem «Transitplatz» für ausländische Fahrende besser gelöst werden können, als wenn wir weiterhin nichts tun und keine konkreten Massnahmen vorsehen. Der Standplatz auf dem Areal der Autobahn Bern–Murten liegt zudem ca. ein Kilometer vom Dorf Wileroltigen entfernt und wird die Gemeinde und ihre Bevölkerung kaum



Lösungen statt Vorurteile!

Ja zum geregelten
Transitplatz für Fahrende

Abstimmung 9. Februar: www.transitplatz-ja.ch

merklich belasten. Die Zufahrt erfolgt über die Autobahn und nicht durch die Gemeinde. Alle vom Kanton Bern erfüllbaren Bedingungen des Gemeinderats von Wileroltigen werden eingehalten.

Der Grosse Rat hat sich mehrfach mit dem Anliegen befasst und es schliesslich klar befürwortet, einen Transitplatz zu schaffen. Eine erste Vorlage zu einem Standplatz in der Gemeinde Meinisberg wurde wegen der zu hohen Kosten zurückgewiesen – mit der Aufforderung an den Regierungsrat, eine günstigere Variante vorzulegen. Die Suche nach einem besseren Standort war aufwendig und führte schliesslich zum Standort neben der Autobahnraststätte in Wileroltigen. Die Kosten für den Bau des Standplatzes sind nun deutlich tiefer, insbesondere weil der Bund das Terrain gratis zu Verfügung stellt und die Erschliessung einfach ist.

Der Standplatz wird mit klaren Regeln und einem Platzwart, der für die Einhaltung der Regeln sorgt, betrieben. Die Fahrenden werden Standgebühren und eine Kautions entrichten müssen. Damit lassen sich die unerfreulichen Begleiterscheinungen und Konflikte bei früheren illegalen Aufenthalten vermeiden. Die Betriebskosten werden deutlich tiefer sein als die Aufwände, die dem Kanton Bern in der Vergangenheit erwachsen, namentlich für polizeiliche Interventionen.

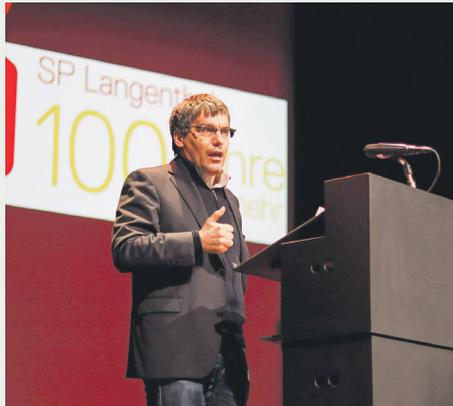
Mein Fazit zu dieser Vorlage: Nehmen wir den Minderheitenschutz zugunsten der Fahrenden ernst und sagen wir ja zum Standplatz neben der Autobahnraststätte Wileroltigen. Dieser Standplatz wird die Situation erheblich beruhigen und Konflikte mit der Bevölkerung vermeiden helfen. Nichtstun ist keine Lösung.

JA ZUM KANTONSWECHSEL DER GEMEINDE CLAVALEYRES

Clavaleyres ist eine Kleinstgemeinde, welche als Berner Exklave in der Nähe von Murten vollständig von freiburgischem Kantonsgebiet umgeben ist. Weil sie nicht mehr genügend Bürgerinnen und Bürger für Ämter und Behörden finden kann, will die Gemeinde fusionieren. Es fand sich keine Berner Gemeinde, die sich mit Clavaleyres zusammenschliessen möchte. Dafür erklärte sich die Gemeinde Murten dazu bereit. Weil Murten zum Kanton Freiburg gehört, ist für die Fusion ein Kantonswechsel von Clavaleyres nötig. Diesem müssen sowohl der Kanton Bern wie der Kanton Freiburg zustimmen.

100 Jahre SP Langenthal

IN VIELEN SEKTIONEN DER SP KANTON BERN KONNTE IN DEN LETZTEN JAHREN DAS HUNDERTJÄHRIGE BESTEHEN GEFEIERT WERDEN. SO NUN AUCH IN LANGENTHAL. DIE ERFAHRUNGEN DER DORTIGEN SEKTION ZEIGEN, DASS EIN FEST MIT VIEL AUFWAND VERBUNDEN IST, ABER ALS DANKESCHÖN FÜR DIE EHRENAMTLICHE MITARBEIT DEN ZUSAMMENHALT STÄRKT.



Bilder: Patricia Kaiser

«Schon lange hatten wir im Vorstand die Pendenz ›Jubiläum SP Langenthal‹. Da jedoch aufgrund der beiden Weltkriege viele Akten verbrannt werden mussten, ging das genaue Gründungsdatum verloren. Da im Jahr 2019 der Langenthaler Stadtrat sein 100-jähriges feierte, gingen wir davon aus, dass es uns mindestens auch 100 Jahre geben muss, denn schon immer waren wir im Stadtrat aktiv», so Co-Präsidentin Saima Sägesser. Recherchen hätten schliesslich gezeigt, dass die SP Langenthal womöglich bereits 1916, also drei Jahre vor dem Stadtrat, gegründet worden war. «Am 16. November 2019 feierten wir also zwei Dinge: 100 Jahre Mitwirkung im Stadtrat und mehr als hundertjähriges Bestehen als Sektion.» Anders als andere Parteien, die ein solches Jubiläum gerne für sich, abgeschieden von der Öffentlichkeit feiern, gliederte die SP Langenthal ihre Feier in drei Teile: Am Morgen offerierte sie – wie vor 100 Jahren – der breiten, interessierten Bevölkerung Wein

und Brotsuppe. Chorgesänge untermalten den gemütlichen Morgen. Am späteren Nachmittag folgte dann der Teil für die geladenen Gäste im Stadttheater mit Reden, Musik und Bildmaterial der Vergangenheit. Abgeschlossen wurde der Tag wiederum mit einem Angebot für die Öffentlichkeit: einer Party mit Gratiskonzerten im Chrämerhuus.

«Das Fest ging tadellos über die Bühne», zieht Saima Sägesser Bilanz. «Wir begannen früh in einem OK mit der Planung und ernteten schliesslich die Lorbeeren dafür. Uns war es wichtig, unseren Mitgliedern mit dem Fest ein Dankeschön für ihre Arbeit auszusprechen. Für einmal durften wir uns selber feiern und mit Stolz auf die vergangene, aktuelle und zukünftige SP-Arbeit blicken. Das Fest sollte auch dem Gemeinschaftsgedanken und dem Zusammenhalt dienen und kann so als interner Auftakt für unsere Wahlen 2020 gelten.»

NEUES GESICHT IN DER GROSSRATSFRAKTION



Mit der Wahl von Tamara Funiello in den Nationalrat und ihrem Rücktritt aus dem Grossen Rat kam es zu einem Nachrutschen in die kantonale Fraktion. Neu wird der fünfte Sitz der Frauenliste in der Stadt Bern vertreten von:
Lea Kusano, Leiterin Kommunikation usic, alt Stadträtin

AGENDA 2019/2020

- **Sonntag, 9. Februar** | Eidgenössische und kantonale Abstimmungen
- **Mittwoch, 1. April, 19–21 Uhr** | Parteitag in Bern
- **Samstag, 22. August, 10–14 Uhr** | Parteitag in Niederbipp
- **Mittwoch, 4. November, 19–21 Uhr** | Parteitag in Bern

PAROLEN ABSTIMMUNGEN

Der Parteitag der SP Kanton Bern hat für die Abstimmungen vom 9. Februar folgende Parolen gefasst:

- **Ja zum Schutz vor Hass**
(Erweiterung Antirassismustrafnorm)
- **Ja zu mehr bezahlbaren Wohnungen (Wohn-Initiative)**
- **Ja zum geordneten Transitplatz für Fahrende in Wileroltigen**
- **Ja zum Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres**

RICHTERINNENPOOL ERNEuern

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können.

Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

VERGÜNSTIGUNGEN

SP-Mitglieder profitieren von zahlreichen Vergünstigungen, insbesondere bei Kulturveranstaltungen. Zum Beispiel im Theater «Die Tonne» in Laupen, wo am 24. Januar die Eigenproduktion «Zytsoguet» des Tonne-Cabaret-Ensembles ScherzGrenze Premiere feiert und bis am 22. Februar gespielt wird. An jeder Vorstellung sind zwei Plätze fix reserviert für SP-Mitglieder. Diese Plätze sind nur über die Schlossapotheke im Stedtli Laupen, Tel. 031 747 30 34 reservierbar. Weitere Infos unter www.dietonne.ch

Alle Vergünstigungen unter www.bit.do/verguenstigungen-spbe

«Zytsoguet»

Kabarettistische Zeitensprünge vom Hier zum Jetzt



Cabaret Scherz
Text & Regie: Marcel Rieber
Musik: Urs Ruprecht

Weg vom Trampelpfad

Wer die Basiskampagne umsetzt, gewinnt die Wahl. So das Mantra der letzten Jahre, mehrfach bewiesen. So waren wir denn auch überzeugt davon, mit der bewährten Basiskampagne bei den nationalen Wahlen zuzulegen. Es kam anders. Der grüne Herbststurm wirbelte uns ins Jammertal.

Höchste Zeit also, das Mantra zu hinterfragen. Entscheidend für den Wahlerfolg ist nicht nur die Form der Kampagne, sondern auch der Zeitgeist, das Momentum, die Themen und die Köpfe. Die ersten drei Faktoren sprachen bei dieser Wahl für die Grünen. Ich habe mich an allen Phasen der Basiskampagne beteiligt und ziehe die folgenden Schlüsse:

1. Mitglieder anrufen und sie zu Beteiligten der Kampagne machen, ist eine tolle Sache (Mitgliederbindung). Besonders, wenn man Gespräche mit langjährigen Weggefährter*innen führen kann.
2. Umfragen an der Haustür sind ineffizient: Auf kommunale Wahlen beschränken.
3. Die Anrufe an potenzielle SP-Wähler*innen sind in der heutigen Form unbefriedigend. Die Resultate lassen grüssen.

Ich zeichne das folgende Bild: Wären wir auf einer Expedition, wäre der Wahltag das Ende und wir begeben uns zurück in unser Basislager. Bei der nächsten Wahl beschreiten wir dieselben Pfade, wieder und wieder. Nach 20 Jahren Expedi-

Rote Feder



tion kennen wir unseren Trampelpfad in- und auswendig, sind aber keinen Meter vorangekommen. Wir haben keine Ahnung, wo wir eigentlich sind. Orientierungslosigkeit macht sich breit.

Es gilt also, die ausgetretenen Pfade zu verlassen und neue Wege zu erkunden: Neue Adressen müssen her, der Wahlkampf muss mehr ins Internet – und wir müssen wieder Themen setzen.

*Franz Schori, Co-Fraktionspräsident SP Thun,
Zentralsekretär syndicom*